



Dr. Jürgen Martens
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Dr. Jürgen Martens: Leerstehende Bundeswehrkasernen sinnvoll nutzen

Zwickau, 17.06.2019

Dr. Jürgen Martens, MdB
Wahlkreisbüro
Innere Schneeberger Straße 16
08056 Zwickau
Telefon: +49 375 46007785
juergen.martens.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227- 75418
juergen.martens@bundestag.de

Berlin – Kritik übt der rechtspolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Dr. Jürgen Martens (Wahlkreis Zwickau), am Umgang der Bundesregierung mit leerstehenden Bundeswehrkasernen. Wie die Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 19/10643) des Abgeordneten Dr. Jürgen Martens ergab, stehen derzeit 76 der sich noch im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben befindlichen Liegenschaften der Bundeswehr leer. Nach derzeitigem Stand der Prüfung werden zudem 38 Liegenschaften der Bundeswehr nicht mehr benötigt, darunter 16 Kasernen.

Martens schlägt vor, eine Nutzung der leerstehenden Kasernen als Hafteinrichtungen für die sog. Abschiebehafte zu prüfen. „Der Bundesinnenminister plant in seinem ‚Geordnete-Rückkehr-Gesetz‘ die Aufweichung des Trennungsgebots zwischen regulärem Justizvollzug und Abschiebehafte. Dies ist europarechtswidrig. Wir schlagen stattdessen vor, dass das Bundesinnenministerium konkrete Überlegungen für die Nutzung der leerstehenden Bundeswehrkasernen als Abschiebehafteinrichtungen anstellt. Hierin könnte eine sinnvolle Weiternutzung liegen.“

Die Bundesregierung verweist jedoch darauf, dass sie selbst keine Hafteinrichtungen unterhalte und eine Eignung der Kasernen nicht bewerten könne. So einfach könne es sich die Bundesregierung jedoch nicht machen: „Der Bund ist Eigentümer dieser Gebäude. Die Länder und die CSU beklagen fehlende Plätze in Abschiebehafteinrichtungen und betonen zudem, dass die Kapazitäten im regulären Justizvollzug ausgelastet sind. Da ist es nur sinnvoll, wenn sich Bund und Länder zusammensetzen und eine Eignung der Immobilien prüfen. Hier muss der Bundesinnenminister konkret die Initiative ergreifen und koordinieren, statt ständig nur Gesetze zu verkünden und seine Zuständigkeit zu reklamieren“, so Martens.



MdB Dr. Jürgen Martens ist der rechtspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.